



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/164

10. November 1949

M o r d - und wer ist schuldig ?

Man schreibt uns: Der Schutz des Lebens seiner Bürger ist die vornehmste Pflicht des Staates - des souveränen Staates. Die Einschränkung ist vonnöten angesichts der Tatsache, dass es dem neuen Satelliten östlich der Zonengrenze und seiner "selbstverantwortlichen" Regierung nicht möglich ist, das Leben seiner Bürger vor dem Zugriff der bolschewistischen "Erfehlsträger, vor KZ's und sibirischen Zwangsarbeitslagern zu schützen und dieser Zugriff bedeutet fast immer den Tod.

Auch die westdeutsche Bundesregierung ist noch nicht souverän. Einen Teil der Hoheitsaufgaben des Staates übt auch hier die Besatzungsmacht aus. Sie trägt damit in ihrem Zuständigkeitsbereich die Verantwortung für die Sicherheit und das Leben der Einwohner der Besatzungszone. Im Westen ist ein Zweifel am guten Willen der Besatzungsmächte nicht berechtigt. Aber die juristische Abgrenzung der Zuständigkeiten lässt Lücken offen, die lebensgefährlich sind.

So kam vor einiger Zeit - um nur einen beispielhaften Vorgang zu erwähnen - eine Frau aus dem Osten, hingte sich an einen geflohenen Politiker der Ostzone, ohne dass dieser es merkte, an die Rockschösse und suchte auszukundschaften, wer seine Freunde in der Ostzone seien. Jede so ermittelte Adresse schafft einen Kandidaten für ein KZ, für Sibirien und das heißt meist für den langsamen Martiertod. Viele kann diese Frau so verraten, hunderten von Menschen Elend und Tod bringen. Die englischen Militärgerichte in Deutschland stehen auf dem Standpunkt (so entschieden vor dem Hohen Militärgericht in Bielefeld), dass hier keine strafbare Handlung vorliege, da es im deutschen Recht zur Zeit keinen Spionageparagrafen gebe. Die entsprechende gesetzliche Bestimmung wurde beim Einmarsch der Besatzungs-

Besatzungstruppen von den Militärbehörden ausser Kraft gesetzt. Es liegen Beweise dafür vor, dass auf diese Art hunderte von besten Demokraten den bolschewistischen Terroristen ans Messer geliefert wurden.

Wir wollen einmal den umgekehrten Fall nehmen: Wenn jemand in letzter Verzweiflung, weil er keine andere Rettung der Freunde, Kameraden und nächsten Angehörigen jenseits des Eisernen Vorhanges sieht, einem solchen Spitzel selbst ans Leben gehen, ein Leben opfern würde, um viele andere zu retten? Natürlich - das wäre Mord. Aber in diesem Falle wäre wirklich nicht der Mörder, sondern der Ermordete schuldig.

Das ist der Tatbestand, der einer schleunigen Revision bedarf: Während östlich der Zonengrenzen die Freundschaft mit westzonalen

Politikern ein tödliches Verbrechen ist, geben die Westzonen den Menschenjägern freie Bahn und erklären damit zugleich Demokraten, die

im Osten leben, für vogelfrei: Mit anderen Worten: Während die russische Besatzungsmacht jeden demokratischen Widerstand, wo immer er ihr

bekannt wird, bricht und meist mit tödlichem Ausgang für den Betroffenen, machen sich in Westdeutschland die Besatzungsmächte zu Hand-

langern der Vernichtung der Demokratie, für die sie doch zu kämpfen glauben. Das ist ein völlig widersinniger Zustand, der beseitigt werden

den muss.

Dabei gibt es einen Ausweg aus diesem Dilemma: Der westdeutschen Regierung muss auch auf diesem Gebiet ihre Souveränität schnellstens

zurückgegeben werden, wenn die Besatzungsmächte nicht die Verantwortung übernehmen wollen. Sie muss ein entsprechendes Gesetz verkünden, welches

diejenigen mit den allerschwersten Strafen bedroht, denen eine Spitzel- und Spionentätigkeit zugunsten des östlichen Regimes nachgewiesen

wird. Das ist auch der beste Weg für die Regierung des Deutschen Bundesgebietes, sich um den Schutz der deutschen Bevölkerung auch in der

Ostzone zu bemühen, für die sie mitzuhandeln und zu entscheiden jedes Recht hat, auch wenn die Verhältnisse sie noch an der Ausübung dieses

Rechtes hindern.

Starke SPÖ-Position im neuen Kabinett

F. Wien, Anfang November

Auf die Bildung der neuen österreichischen Regierung hatte der in den ersten Novembertagen in Wien stattgefundenen ausserordentlich

Parteitag der Sozialistischen Partei einen bedeutenden Einfluss. Es galt zunächst, die Frage zu beantworten, ob die SPÖ aufgrund des

Wahlergebnisses "von der Verantwortung für die Geschicke des Staates ausscheiden sollte", wie sich Vizekanzler Dr. Schärf ausdrückte. In

der Tat hat die Frage "Verlust oder Niederlage", wie sie Innenminister Selmer in der "Zukunft" stellte, innerhalb der Partei nicht geringe

Auseinandersetzungen gebracht. Die Sozialisten haben ihr Ziel, die Mehrheit im Nationalrat zu erringen, mindestens aber die stärkste

Partei des Staates zu werden, nicht erreicht. Sie verloren 9 Mandate im Parlament, die Volkspartei 8. Diese aber verlor ausserdem die ab-

solute Mehrheit. Nutzniesser war die Wahlpartei der Unabhängigen (WdU) die jetzt ihren Platz an der äussersten Rechten des Wiener Parlament

einnimmt.

So gross der Erfolg der jüngsten Partei ist, so bedeutungslos kann sie im Parlament werden, sofern die Koalition zwischen SPÖ und ÖVP genügend tragkräftig bleibt. Die Sozialisten sind nicht besiegt worden und die Volkspartei ist die stärkste politische Gruppe geblie-

ben. Aus dem Bestreben, während der Staatsvertragsverhandlungen eine möglichst starke Regierung zu haben, ergab sich die Koalition mit der

Österreichischen Volkspartei von selbst.

Allerdings traten die Sozialisten nicht bedingungslos in die Regierung ein. Sie verlangten die Auflösung überflüssig gewordener

Ministerien (Ernährung, Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, Energiewirtschaft), sowie des Postens eines Ministers ohne Parte-

feuille. Der Koalitionspartner hat diese Wünsche berücksichtigt. Um die verstaatlichten Betriebe sinnvoll zu lenken, sollte im Rahmen

eines Wirtschaftsministeriums ein eigenes Amt geschaffen werden. Dieser sozialistischen Forderung widersetzten sich die Volkspartei-

ler mit der Begründung, es handele sich um einen "Versuch der Auf-

richtung eines staatskapitalistischen Wirtschaftssystems." Immerhin

Immerhin konnte sich die ÖVP den sozialistischen Argumenten nicht vollkommen verschliessen und so kam es zur Schaffung eines "Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe." Es wird von dem Sozialisten Ing. Waldbrunner geleitet; Staatssekretär für die verstaatlichten Betriebe ist der frühere Verkehrsminister Vinzenz Übleis. Die Leiter dieses Ministeriums sind Sozialisten. Dass der Sozialist Oskar Helmer das Innenministerium behält, war eine der Bedingungen der Sozialisten. Sie kamen der ÖVP insofern wieder entgegen, als der ÖVP-Mann Graf weiterhin als Staatssekretär im Innenministerium fungieren wird.

Neue Männer stehen nur an der Spitze des Justizministeriums (Dr. Otto Tschöckl-SPÖ), des Verkehrsministeriums (Ing. Waldbrunner SPÖ) und des Finanzministeriums (Dr. Eugen Margaretha-ÖVP). Der Posten des Finanzministers, dem die Durchführung der Schillingabwertung als nächste Aufgabe obliegt, war nicht leicht zu besetzen, zumal die Fachleute allzugrosse Selbständigkeitsbestrebungen an den Tag legten und bedeutende Vollmachten verlangten. Mit Dr. Margaretha ist ein Mann der Industrie in den Vordergrund gerückt. Wie schon auf dem Parteitag betont wurde, haben die Sozialisten nicht die Absicht, sich als "Gefangene der kapitalistischen Reaktion" in die Regierung zu begeben. Sie wollen es auch künftig vermeiden, dass so entscheidende wirtschaftliche Abmachungen, wie z.B. das letzte Lohn- und Preisabkommen hinter verschlossenen Türen getroffen werden.

Immerhin wurden die Verhandlungen zur Regierungsbildung unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Die Wählerschaft hat diese Tatsache und auch den Zeitverschleiss - von der Wahl bis zur Regierungsbildung vergingen vier Wochen! - nicht gerade günstig aufgenommen. Der Grund liegt in der Absicht beider Regierungsparteien, jeden Vorteil der eigenen Position auszunutzen. Die Zeiten haben sich seit 1945 geändert, die Opposition in der Wählerschaft ist nicht zu unterschätzen, auch hat die sozialistische Jugend bei der Wahl nicht jene Stellung eingenommen, die man von ihr erwartet hatte. Es heisst also, mit den Kräften haushalten. So kehrt die Sozialistische Partei Österreichs heute zu einem Wahlspruch Viktor Adlers zurück: Wähler gewinnen ist

wichtig; wichtiger ist Sozialisten erziehen! Dass dieses Wort gerade zu einer Zeit der Gewissenserforschung von Innenminister Hepper wieder ausgesprochen wurde, deuten wir als wesentliches Symptom.

Die folgenden Meldungen wurden zu einem Teil einem kleinen Bezieherkreis durch unseren Bonner Politisch-Parlamentarischen Pressedienst (PPP) bereits über Fernschreiber bzw. telefonisch zugestellt:

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung

sp.- Die Fraktion der SPD legte dem Bundestag als Initiativantrag einen Gesetzentwurf über die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung

vor. Danach sollen bei jedem Träger der Sozialversicherung eine Vertreterversammlung und ein Vorstand als Selbstverwaltungsorgane gebildet

werden. Weiterhin ist die Wahl von "Versichertenältesten" vorgesehen, die das Recht und die Pflicht haben, die Interessen der Versicherten und der

Leistungsberechtigten wahrzunehmen. Die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber werden aufgrund von Vorschlägen der Spitzenorganisationen in geheimer Urwahl bestimmt. Auch andere Gruppen von Versicherten

können Wahlvorschläge machen.

Die Organe der Versicherungsträger sollen sich in der Krankenversicherung, in den Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten

und in der Knappschaftsversicherung aus Vertretern der Versicherten zusammensetzen, in der Unfallversicherung je zur Hälfte aus Vertretern der

Versicherten und der Arbeitgeber, in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung je zu einem Drittel aus den versicherten Arbeitgebern, Selbst-

digen ohne fremde Arbeitskräfte und Arbeitgebern. Die einzelnen Wirtschaftszweige und Berufsgruppen sollen in den Organen angemessen ver-

treten sein. Auch Rentenberechtigte können beteiligt werden.

An die Stelle der früheren Ausschüsse, Genossenschaftsversammlungen, Hauptversammlungen oder Bezirksversammlungen tritt die Vertreter-

versammlung.

Die Aufsicht über die Versicherungsträger sollen nach dem Entwurf die obersten Verwaltungsbehörden der Länder führen, in deren Bereich

Der Versicherungsträger seinen Sitz hat.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sollen durch den Bundesarbeitsminister unter Mitwirkung der obersten Verwaltungsbehörden der Länder, der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Vereinigungen der Arbeitgeber erlassen werden.

Sofort 120 Millionen.

sp.- Damit die vorgesehene Hausratshilfe noch vor Weihnachten ausbezahlt werden kann, hat die SPD im Bundestag beantragt, im Wege der Vorfinanzierung sofort einen Betrag von 120 Millionen DM bereitzustellen.

Jugend im Parlament

sp.- Der Ausschuss zum Schutz der Verfassung beschloss, das Präsidium des Bundestages zu veranlassen, regelmäßig Vertreter der verschiedenen Jugendgruppen als Gäste an den Sitzungen des Bundestages teilnehmen zu lassen, um ihnen einen Einblick in die Arbeitsweise des Parlaments zu vermitteln. Der Ausschuss bekennt sich zu der Auffassung, dass es zur Sicherung der Demokratie nicht so sehr auf abwehrende Massnahmen, sondern vordringlich darauf ankomme, die Öffentlichkeit vor allem aber die Jugend, mit der Arbeitsweise der demokratischen Einrichtungen und mit dem demokratischen Ideengut vertraut zu machen.

Gleichberechtigung der Frau

sp.- Die baldige Vorlegung von Gesetzesvorlagen, die notwendig sind, um die Gleichberechtigung der Frauen zu verwirklichen, fordert die SPD-Fraktion in einem Antrag von der Bundesregierung. In einem weiteren Antrag verlangt sie, dass in allen Stufen des öffentlichen Dienstes, insbesondere in leitenden Stellen, auch Frauen ohne Benachteiligung eingestellt und befördert werden. Sie fordert die Einrichtung eines Frauenreferats und die Besetzung dieses Referats durch eine Frau. Der Anfrage sieht die Vorlage eines vierteljährlichen Quartalsberichtes über den Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst der Bundesverwaltung vor.

Bezeichnende Anfrage

sp.- In einer Anfrage der SPD-Fraktion wird die Bundesregierung aufgefordert, darauf zu antworten, ob eine Stelle der Bundesregierung in irgend einer Weise gegenüber einem Arbeitgeberverband geäußert habe, dass keine tariflichen Lohn- oder Gehaltserhöhungen gewährt werden sollten, ebenso auch keine aussertariflichen Zulagen für die Einkellerung von Kartoffeln oder Brennstoffen, weil andernfalls ein dadurch hervorgerufenen Steigen der Produktionskosten mit der DM-Abwer-

Abwertung in Verbindung gebracht werden könnte. Weiter wird gefragt, ob es der Bundesregierung bekannt sei, dass Arbeitgeber sich auf eine solche Äusserung einer Stelle der Bundesregierung berufen, und ob sie dieses Verhalten billige.

SPD in der kommenden Woche.

sp.- Die kommende Woche, die aller Voraussicht nach keine Vollsitzungen des Bundestages bringen wird, steht für die SPD im Zeichen besonders wichtiger parteiinterner Beratungen, vor allem über aussenpolitische Fragen.

Den Mittelpunkt bildet die Sitzung des Parteivorstandes in Herne, die am Mittwoch, den 16. November vormittags 10 Uhr beginnt.

Im Anschluss daran findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Parteiausschuss statt. Die wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der PV-Sitzung sind die Entgegennahme eines Berichtes über die Beratungen des aussenpolitischen und des Ostzonen Ausschusses, über das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland und der Ostzonenregierung, sowie die Stellungnahme des PV dazu, und, als weiterer Punkt, eine Stellungnahme zum Entwurf eines Beamtengesetzes.

Weiter wird über die Verlegung des Sitzes des geschäftsführenden Parteivorstandes beraten und vermutlich beschlossen werden. Die

Entfernung Hannover-Bonn ist auf die Dauer höchst unzweckmässig, so dass etwa im Laufe eines halben bis eines Jahres die allmähliche

Umsiedlung nach Bonn oder in eine Bonn nahe gelegene Stadt, etwa Köln, erfolgen könnte.

Am Dienstag, den 15. November geht diesen Beratungen eine gemeinsame Sitzung der Mitglieder des aussenpolitischen Ausschusses beim

Parteivorstand, sowie der sozialdemokratischen Abgeordneten im Ausschuss für das Besatzungsstatut und im Ausschuss für Gesamtdeutsche

Fragen voraus. Diese Sitzung beginnt um 9³⁰ Uhr im Fraktionsaal der SPD in Bonn.

Zum Tode von Alwin Brandes

An den Bezirk Cross-Berlin der SPD hat Fritz Heine im Namen des Vorstandes der Partei folgendes Beileidstelegramm zum Tode von Alwin Brandes gerichtet:

"Mit Alwin Brandes haben wir alle einen der markantesten Führer der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Zeit, einen Kämpfer für die Ideewelt des Sozialismus und einen guten Freund verloren. Wir sprechen ganz besonders Euch unser Beileid zum Tode von Alwin Brandes aus."